

Sanktionen gegen Russland: Droht die nächste Eskalation im Ukraine-Konflikt?

US-Sanktionen gegen Russland drohen, da Rubio Druck vor Trump-Putin-Gespräch erhöht. Vatikan bietet Verhandlungsort an.



Vatikan, Italien - Am heutigen Tag hat der Druck auf Russland weiter zugenommen, da die US-Regierung und die Europäische Union signalisierten, dass sie bereit sind, zusätzliche Sanktionen zu verhängen, falls die Fortschritte in den Gesprächen zur Lösung des Ukraine-Konflikts ausbleiben. US-Außenminister Marco Rubio betonte, dass im amerikanischen Parlament eine breite Mehrheit für weitere Maßnahmen gegen Russland besteht, sofern es keine nennenswerten Fortschritte gibt. Dies berichtete die **Kleine Zeitung**.

Die US-Regierung hat den Kongress um Aufschub für die Verhängung neuer Sanktionen gebeten, um Verhandlungen zu ermöglichen. Trotz dieser Bitte könnte der Kongress handeln,

sollte die Regierung keine Fortschritte vorzeigen. Rubio stellte klar, dass aktuell getestet wird, ob Moskau lediglich Zeit gewinnen möchte. Dies geschieht im Kontext eines geplanten Telefonats zwischen US-Präsident Donald Trump und seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin, das darauf abzielt, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu thematisieren, wie die **Kölner Stadt-Anzeiger** berichtete.

Dringlichkeit der Gespräche

Rubio dankte dem Vatikan für das großzügige Angebot, als Ort für mögliche Gespräche zwischen Russland und der Ukraine zu fungieren. Dieses Angebot könnte eine Gelegenheit für einen Dialog zwischen Präsident Putin und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj bieten. Er betonte jedoch, dass derzeit noch kein Ort und Zeitpunkt für ein direktes Treffen zwischen Trump und Putin festgelegt sind, und auch der Kreml die Erwartungen an ein baldiges Treffen dämpfte.

In den vergangenen Tagen gab es auch einen Austausch zwischen ukrainischen und russischen Unterhändlern in Istanbul, doch die Verhandlungen haben bislang zu keiner Einigung auf eine Waffenruhe geführt. Diese Entwicklung hat die europäischen Bemühungen um eine Lösung des Konflikts nicht gerade gestärkt. Bundeskanzler Friedrich Merz hat sich dafür ausgesprochen, Italien enger in die europäischen Anstrengungen für ein Ende des Krieges einzubeziehen, was die Dringlichkeit unterstreicht, mit Russland in Dialog zu treten.

Geplante Sanktionen der EU

Währenddessen arbeitet die EU an einem neuen Sanktionspaket gegen Russland, das nicht nur die umstrittenen Nord-Stream-Gaspipelines betreffen soll, sondern auch den russischen Finanzsektor. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte an, dass das Paket Maßnahmen zur Einschränkung der Einnahmequellen Russlands und zur Beeinträchtigung seiner Kriegsführung beinhalten wird. Die **Tagesschau** berichtet, dass

die EU auf die Entwicklung der Gespräche reagiert und an der Verabschiedung weiterer Sanktionen festhält.

Ein entscheidender Punkt in den Verhandlungen wird der Ölpreisdeckel sein, der Russland zwingen soll, Erdöl für höchstens 60 Dollar pro Barrel zu verkaufen. Zudem ist eine Verschärfung gegen die so genannte russische Schattenflotte sowie gegen Unternehmen, die bestehende Sanktionen umgehen, geplant. Ein entsprechender Beschluss soll am kommenden Dienstag während eines Außenministertreffens in Brüssel gefasst werden. Die EU hofft, mit diesen Maßnahmen die Fähigkeit Russlands zur Fortsetzung des Konflikts wirkungsvoll zu begrenzen.

Die gegenwärtige Situation zeigt deutlich, dass sowohl Washington als auch Brüssel an einer härteren Linie gegenüber Moskau festhalten. Ungeachtet der diplomatischen Bemühungen bleibt die Aussicht auf Frieden in der Region ungewiss, während die Gespräche und Verhandlungen auf Hochtouren laufen müssen.

Details	
Vorfall	Sanktionen
Ort	Vatikan, Italien
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.ksta.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at